19.05.2009

Antrag

der Fraktion der SPD

Migration und Alter

Das Ziel des politischen Handelns muss es sein, allen Menschen ein selbst bestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Menschen haben nicht die gleichen Wünsche und Bedürfnisse, sondern unterschiedliche, die sich aus ihren Lebensentwürfen ergeben. Sie haben auch nicht die gleichen Voraussetzungen, um ihre Bedürfnisse in unserer Gesellschaft umzusetzen. Es muss selbstverständlich sein, dass wir unser politisches Handeln, alle Gesetzesvorhaben und deren Umsetzung darauf hin ausrichten, den unterschiedlichen Anforderungen und Bedürfnissen weitgehend gerecht werden zu können. Es ist aber von Zeit zu Zeit notwendig, einzelne Interessensgruppen in einen besonderen Focus zu stellen, um entlang ihrer Bedürfnisse vielfache Themen und Handlungsfelder zu untersuchen.

I. Migration und Integration

Migrantinnen und Migranten sind für uns alle diejenigen, die nicht in Deutschland aufgewachsen sind und ihre Wurzeln in anderen Ländern und Kulturen haben; seien sie als „Gastarbeiter“, als (Spät-)Aussiedler, als Asylsuchende, als Kontingentflüchtlinge, aus Gründen von (Bürger-)Kriegen oder Verfolgung zu uns gekommen. Sie sind jetzt integraler Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie bereichern unsere Gesellschaft mit ihren Erfahrungen und Traditionen.

Unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit begegnen ihnen im Alltag Misstrauen und Diskriminierung. Der Kontakt zwischen ursprünglich Einheimischen und Zugewanderten der ersten Generation wird oft von Vorurteilen geprägt. Die öffentliche Rhetorik akzentuiert im Allgemeinen die Unterschiede, nicht die Gemeinsamkeiten. Daher bleibt "der Fremde" oft dauerhaft fremd.

Nordrhein-Westfalen ist eine Region, die auch historisch sehr deutlich von Migration geprägt ist. 14,8% der aktuell hier Lebenden sind im Ausland geboren. Dies ist der höchste Anteil in einem Flächenstaat. Nordrhein-Westfalen ist seit vielen Jahren führend in der Integrationspolitik. Als Beispiele seien hier nur die Gründung der RAA in den 90er Jahren genannt und die Verankerung von Ausländerbeiräten bzw. Integrationsausschüssen in

Datum des Originals: 19.05.2009/Ausgegeben: 19.05.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

der Gemeindeordnung. Viele Ziele sind dennoch nicht erreicht worden, so dass die Anstrengungen verstärkt werden müssen.

Wir sind in Deutschland auch auf den Zuzug qualifizierter Kräfte aus dem Ausland angewiesen. Ihr Ausbleiben wird von der Landesregierung mit Enttäuschung registriert. Ob sie sich willkommen fühlen und dauerhaft bleiben wollen, hängt aber u.a. davon ab, wie sich ein Leben in Akzeptanz und Würde in jeder Lebensphase gestalten wird. Damit eine "Willkommenskultur" nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt, muss sie sich auch auf die bereits hier Lebenden beziehen. Zentral sind Migrantinnen und Migranten als Akteure, als Experten, die ihre eigene Situation wahrnehmen und nicht Objekte von "Fürsorge" sein sollten.

Im Focus der Landesregierung standen bisher vor allem Kinder, Jugendliche und Menschen im erwerbsfähigen Alter. Der Demographische Wandel bringt uns dazu, nun auch die ältere Generation stärker in den Blick zu nehmen.

Dies geschieht bisher nur vereinzelt in Fachtagungen und Sonderveranstaltungen. Minister Laschet selbst sagte in einer Veranstaltung von Städtebund und Bertelsmann-Stiftung Anfang Oktober 2008 in Berlin, dass ältere Migranten eine Randgruppe gebildet hätten, auf die man sich bisher unzureichend eingestellt habe. Auch der Integrationsbericht der Landesregierung widmet dem Thema nur wenige Zeilen. Die Handlungsempfehlungen des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration zum Thema "Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte" (Oktober 2007) fassen den derzeitigen Stand der Analyse sinnvoll zusammen. Gleichzeitig entwerfen sie ein blumiges Szenario über die Lebenswelten älterer Migranten im Jahr 2010, das mit der bis jetzt erreichten Realität nichts zu tun hat. Außerdem reduzieren sie die Lösungsmöglichkeiten auf Aufgaben der Seniorenwirtschaft. Landespolitisches Handeln wird daraus nicht abgeleitet.

Das in den „Handlungsempfehlungen“ für 2010 entworfene Szenario beschreibt eine wünschenswerte Situation. Damit sie im Jahr 2020 oder hoffentlich auch schon früher Realität werden kann, müssen die Aktivitäten im Land und in den Kommunen beschleunigt werden. Jedes Jahr steigt die Zahl der Migrantinnen und Migranten im Rentenalter und unter den Pflegebedürftigen. Sie blicken auf ein langes, arbeits- und teilweise entbehrungsreiches Leben zurück. Sie haben es verdient, dass wir sie nicht auf eine ferne Zukunft vertrösten, sondern ständig an der Verbesserung der aktuellen Situation arbeiten. Ihre Lebensleistung kann nicht durch Sonntagsreden angemessen gewürdigt werden, sondern nur durch konkrete Maßnahmen, die den Alltag erleichtern.

II. Bleiben als Realität

Über viele Jahrzehnte hinweg hat sich die Integrationspolitik daran orientiert, dass die "Gastarbeiter" in ihrer Mehrzahl wieder in die Heimatländer zurückkehren. Diese blieben mit immer höheren Anteilen aber dauerhaft in Deutschland; auch die Aussiedler, die Asylsuchenden und Flüchtlinge sind auf das Bleiben in Deutschland ausgerichtet. Lange ist diese Realität besonders von konservativer Seite ausgeblendet worden. Dies hat zu Integrationsversäumnissen geführt, die nur mit erheblichem Aufwand und auch nur teilweise korrigiert werden können.

Die sozialen Hilfesysteme in Deutschland sind bisher nicht vorbereitet auf das Bleiben der Migranten und Migrantinnen. Daher gibt es keine systematische Herangehensweise. Hilfe und Unterstützung sind in vielen Lebenslagen nur unzureichend. Sie werden aus

Unkenntnis über Berechtigungen und Strukturen auch nur unzureichend von den Betroffenen in Anspruch genommen. Dadurch verschlimmern sich viele Probleme, berechnigte Ansprüche werden nicht durchgesetzt, die Lebensqualität der Betroffenen und ihrer Familien sinkt.

III. Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Die Vorstellungen, die Einheimische wie Zugewanderte für ihr Leben im Alter haben, ähneln sich mehr, als dass sie sich unterscheiden:

- ausreichend finanzielle Mittel zur Finanzierung eines eigenständigen Haushaltes und zur Finanzierung altersbedingter Zusatzausgaben bei Nahrung, Kleidung und Gesundheit;
- Möglichkeit zur Teilnahme am öffentlichen Leben, an sportlichen, kulturellen und gegebenenfalls religiösen Veranstaltungen;
- Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen und Engagement für unsere Gesellschaft;
- Geborgenheit in der Familie und im Freundeskreis; Gespräche und Begegnungen;
- Mobilität und Unabhängigkeit;
- Respektierung der eigenen Vergangenheit, von Riten, Gebräuchen und Traditionen sowie
- Gestaltung des eigenen Lebens, als Akteur wahrgenommen werden und nicht als Objekt von Maßnahmen.

Abhängig von den jeweiligen individuellen Gegebenheiten (wirtschaftliche Leistungskraft, Geschlecht, Herkunft, Gesundheit, Bildung, Sprache) sind die Chancen, diese Vorstellungen umzusetzen, in unserer Gesellschaft sehr ungleich verteilt. Chancengerechtigkeit muss sich aber auf alle Altersgruppen beziehen. Staat und Gesellschaft sind verpflichtet, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Noch liegt die Altersstruktur der Migrantinnen und Migranten unter denen der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 2006 waren von den 15,1 Mio. Menschen in Deutschland, die einen Migrationshintergrund haben, 1,8 Mio. älter als 60 Jahre (11 Prozent) (Gesamtbevölkerung 25 Prozent über 60). Dies wird sich in den kommenden Jahren rapide verändern. Bis zum Jahr 2020 wird sich die Gruppe der über 65-Jährigen in NRW in der Gesamtbevölkerung um 13,5 Prozent erhöhen, bei den Menschen mit Migrationshintergrund sogar um 68,1 Prozent. Im Jahr 2020 werden fast 600.000 Menschen über 65 Jahren mit Migrationshintergrund in NRW leben.

Diese Zahlen zeigen, dass wir unsere Strukturen im Land und in den Kommunen auf die Bedürfnisse einer großen Zahl von älteren Menschen aus unterschiedlichen Kulturen einrichten müssen. Mit Studien und Modellprojekten ist es nicht getan. Die Menschen brauchen verlässliche und planbare Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben in Würde.

Ältere Migranten sind einer doppelten Diskriminierung unterworfen. Sie müssen sich nicht nur mit den negativen Altersbildern auseinandersetzen, die in unserer Gesellschaft präsent sind, sondern auch mit Vorurteilen wegen ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrer Hautfarbe. Zum Beispiel sind ihre Durchschnittsmieten häufig höher als die in vergleichbaren Wohnvierteln. Ein Altern in Würde ist unter diese Bedingungen nur schwer realisierbar.

Ältere Migrantinnen und Migranten sind zudem einem höheren Armutsrisiko unterworfen. Sie haben überwiegend in schlecht bezahlten, gering qualifizierten Berufen gearbeitet, die allerdings oft mit gesundheitlichen Risiken verbunden waren. Mit dem Abbau der industriellen Arbeitsplätze sind sie überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen worden. Dadurch haben sie häufig unterbrochene Erwerbsbiografien, was sich in niedrigeren Durchschnittsrenten niederschlägt. Sie verfügen auch seltener über betriebliche oder private Zusatzversorgung, so dass das durchschnittliche Haushaltseinkommen im Alter geringer sein wird als das der Einheimischen. Sie leben auch häufiger zur Miete als im Wohneigentum. Viele werden im Altern auf die Grundsicherung angewiesen sein. Diese bietet aber nur geringe Möglichkeiten, Dienstleistungen aus der Seniorenwirtschaft einzukaufen, die z.B. ein längeres Verbleiben in der eigenen Wohnung ermöglichen würden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- Untersuchungen in Auftrag zu geben, mit denen die Lebenslage, Potentiale und Bedürfnisse älterer Migranten und Migrantinnen erforscht werden. Ebenso sollen die bereits bestehenden Strukturen ermittelt werden, die Unterstützung für Senioren mit Migrationshintergrund bieten, um darauf aufbauen zu können.
- das ehrenamtliche Engagement von (älteren) Migrantinnen und Migranten für Senioren und Seniorinnen zu stärken. Hierzu sollen Qualifizierungsprogramme entwickelt werden, mit denen "Lotsen" für die Altenhilfestrukturen ausgebildet werden.

Hannelore Kraft
Carina Gödecke
Britta Altenkamp
Liesel Koschorreck

und Fraktion